

Bezirksverordnetenvorsteher o.V.i.A.

Sitzung am : 23.1.2013

Lfd. Nr. : 13.3

über

Drs. Nr. : 0471/XIX

Bezirksbürgermeister o.V.i.A.

Dringlichkeit

nachrichtlich den

schriftlich

Fraktionen der SPD, CDU, Grünen,
Die Linke und Piraten

Konsensliste

Beantwortung der Großen Anfrage

Pflegemissbrauch bekämpfen

1. Wurde vom Bezirk Neukölln das Abkommen des Senats zur gezielten Bekämpfung des Leistungsmissbrauchs in der Pflege unterzeichnet?
2. Wie beurteilt das Bezirksamt die Initiative des Senats, ein Netzwerk gegen Leistungsmissbrauch aufzubauen, um Abrechnungsmissbrauch vorzubeugen?
3. Wie bewertet das Bezirksamt die Initiative des Bundes, den Abgleich von Daten zwischen Sozialhilfeträgern und Pflegekassen zu ermöglichen?
4. Hat das Bezirksamt Beauftragte/Controller eingesetzt, die Leistungsansprüche zu prüfen, und welche Ergebnisse liegen dem Bezirksamt vor?
5. Welche Maßnahmen und Initiativen hat das Bezirksamt noch gegen Leistungsmissbrauch unternommen, um Abrechnungsmissbrauch vorzubeugen?

Sehr geehrter Herr Vorsteher / sehr geehrte Frau Vorsteherin,
sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Kringel,

für das Bezirksamt beantworte ich die Große Anfrage der Fraktion der CDU wie folgt:

Zu 1.: Ein Abkommen, wie von Ihnen benannt, ist dem Bezirksamt nicht bekannt. Ich gehe davon aus, dass Sie eine im Dezember 2012 unterzeichnete Kooperationsvereinbarung meinen. Die Kooperationsvereinbarung wurde zwischen der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales und neun Bezirksämtern mit zwei Pflegekassen (AOK Nordost, Landwirtschaftliche Sozialversicherung Mittel- und Ostdeutschland) geschlossen. Die Vereinbarung ermöglicht den neun Bezirksämtern, sich in konkreten Fällen von Leistungsmissbrauch an diese beiden Pflegekassen zu wenden.

Ziel der Kooperationsvereinbarung soll sein, mit Hilfe gegenseitiger Information und einem regelmäßigen Datenaustausch im Rahmen der datenschutzrechtlichen Bestimmungen systematische Vorgehensweisen von unseriös agierenden Pflegeanbietern in den Bezirken schneller zu erkennen und die Handlungsspielräume zu vergrößern. Vereinbarungen mit weiteren Kassen sollen folgen.

Aus Sicht des Bezirksamts Neukölln geht die Vereinbarung jedoch nicht weit genug und kann daher nur der erste Schritt bei der Bekämpfung des Pflege-missbrauchs sein. Erforderlich wäre vielmehr ein Neuabschluss des Berliner Rahmenvertrages, um die Grundlage für eine wirksame Kontrolle zu schaffen.

Zu 2.: Das in der Pressemitteilung vom 18.12.2012 erwähnte Kooperationsnetzwerk steckt noch in den Kinderschuhen, da man bei lediglich zwei Pflegekassen noch nicht von einem Netzwerk sprechen kann. Gleichwohl wird jede weitere Initiative zur Verbesserung der aktuellen Situation begrüßt und es wäre wünschenswert, wenn alle Pflegekassen bei der Aufdeckung von Pflegebetrug an einem Strang zögen. Insofern wünsche ich dem Senat bei diesem Vorhaben Erfolg, gebe aber zu bedenken, dass ein auf Freiwilligkeit der Partner beruhendes Netzwerk keine gesetzlichen oder vertraglichen Regelungen ersetzt.

Zu 3.: Eine Initiative des Bundes zum Datenabgleich ist dem Bezirksamt nicht bekannt. Es ist jedoch zu begrüßen, dass es dem Träger der Sozialhilfe zukünftig möglich sein soll, sich in konkreten Fällen zum Leistungsmissbrauch an die Pflegekassen zu wenden.

Zu 4.: Ja, seit Mitte 2011 werden im Bezirk Neukölln tätige Pflegedienste überprüft. Als Zwischenergebnis ist festzustellen, dass nachweislich nicht erbrachte Leistungen abgerechnet wurden. Vereinzelt haben Pflegedienste freiwillige Rückzahlungen vorgenommen. Eine juristische Durchsetzung der festgestellten Ansprüche ist in Ermangelung einer rechtlichen Grundlage nicht möglich. In einigen Fällen wurde Strafanzeige erstattet.

Zu 5.: Das Bezirksamt hat in diversen Schreiben an die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales auf die mangelhaften und/oder fehlenden rechtlichen Grundlagen hingewiesen. Das Rechtsamt Neukölln hat ein umfangreiches Gutachten erarbeitet, das der Senatsverwaltung für Soziales mit der Bitte zugeleitet wurde, die Verhandlungen zum Abschluss eines Pflege-Rahmenvertrages zu intensivieren. Der Bezirk Neukölln ist in allen relevanten Gremien vertreten, in denen die bezirkliche Mitarbeit gewünscht oder erforderlich ist. Auch wurde der Rechnungshof über die mangelhaften rechtlichen Grundlagen und die darauf beruhenden Probleme bei der Kontrolle und Ahndung von Pflegebetrug informiert.

Bernd Szczepanski
Bezirksstadtrat

Es gilt das gesprochene Wort!